

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Bauausschusses

vom:	28.02.2000
von:	14.30 Uhr
bis:	17.00 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Bauausschuss:

Stv Schulte, Werner - als Vorsitzender -
AM Flender, Friedhelm
Stv Gaden, Helga
AM Grünekle, Klaus-Joachim
AM Gunsenheimer, Christian
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schneider, Manfred
AM Schultz, Walter
Stv Siebel, Helmut
Stv Vogler, Alfred - für AM Imhof, Wolfgang -
AM Wagener, Eckhard

II. Beratende Mitglieder:

AM Berner, Hans
Stv Dr. Schultze, Reinhold - für AM Delius, Friedmund -

III. Als Zuhörer

AM Leonhardt, Traugott

IV. Von der Verwaltung:

StBR Brune
Städt. VD Mengel

Städt. BD Bonstein
Dipl.-Ing. Rohr
Dipl.-Ing. Krieger
Städt. VR Sondermann
Dipl.-Ing. W. Wagener
Städt. OVR Düber - bis TOP 6 -

StOI Haas, M.
Dipl.-Ing. Schlenther - bis TOP 7 -
StOI Langenbach - bis TOP 6 -
StI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend war:

AM Imhof, Wolfgang

Zur Tagesordnung:

Der Bauausschuss kommt überein, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um TOP 7 und im nichtöffentlichen Teil um TOP 4.3 zu erweitern.

Der Antrag von Herrn Siebel, TOP 4.1 im nichtöffentlichen Teil von der Tagesordnung abzusetzen, wird mehrheitlich abgelehnt.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (SPD)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Schneider bestimmt.

7. BA 28.02.2000

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 24.01., 14.02. und 21.02.2000

Die Niederschrift über die Sitzung vom 24.01.2000 wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Die Niederschriften über die Sitzungen vom 14.02. und 21.02.2000 liegen noch nicht vor.

7. BA 28.02.2000

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

7. BA 28.02.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

7. BA 28.02.2000

5. 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet von Siegen vom 27.01.1981; hier: Erhöhung der einzelnen Gebührentarife nach § 4 der Satzung, Änderung des § 3 der Satzung

Vorlagenr. 278/00 - Vorlage vom 02.02.2000 -

Herr Düber weist ergänzend zu den Informationen der Verwaltungsvorlage darauf hin, dass die letzte Gebührenerhöhung im Dezember 1997 vorgenommen wurde. Folgende Maßnahmen wurden zur Erhöhung des Kostendeckungsgrades von 68 auf 72 % vorgenommen:

- a) Reduzierung des kalkulatorischen Zinssatzes von 7,5 auf 6,5 %
- b) Einführung einer neuen Gebührenart „Anonyme Urnenbestattung mit Angehörigen“
- c) Änderungen (bis auf eine Ausnahme Erhöhungen) der Gebührensätze gemäß den Darstellungen in der Verwaltungsvorlage.

Vor dem Hintergrund steigender Personalkosten, erhöhter Deponiegebühren und der Verpflichtung des KAG, die Gebührenkalkulation an laufende Kosten anzupassen, mussten die Gebührensätze geändert werden. Der Haushaltsansatz 2000 wurde gegenüber 1999 um 250 TDM auf 3.750 TDM erhöht: Durch Zunahme von kostengünstigen Urnenbestattungen ist jedoch eher mit sinkenden Einnahmen zu rechnen. Das Rechnungsergebnis 1999 in Höhe von 3.275 TDM blieb mit 225 TDM hinter dem Haushaltsansatz zurück.

Herr Schulte ist der Meinung, dass vor einer Gebührenerhöhung sämtliche Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen sind.

Herr Reitz bittet, Kostenreduzierungen anzustreben und erinnert an die Anregung von Frau Moll im Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid -, wegen der einfacheren und kostengünstigeren Pflege die Einrichtung von Rasengrabfeldern zu prüfen.

Aus den Darstellungen der Verwaltungsvorlage hat er ermittelt, dass der Gebühren-berechnung ein Stundensatz für einen Friedhofsarbeiter in Höhe von 91,00 DM zugrunde gelegt wird und bittet um Stellungnahme zu diesem hohen Wert.

Herr Düber prognostiziert eine geringe Nachfrage im Falle der Einführung von Rasengrabfeldern und weist darauf hin, dass in diesem Fall bei sinkenden Gebühreneinnahmen die Unterhaltungskosten für die Stadt unverändert blieben. Den von Herrn Reitz ermittelten Stundensatz in Höhe von 91,00 DM kann er nicht nachvollziehen. Bei Gebührenberechnungen wird ein verwaltungsinterner Stundensatz in Höhe von 67,00 DM (aus dem Bereich Grünflächen) zugrunde gelegt. Seines Erachtens spielt bei dem errechneten hohen Wert die Einbeziehung von Sachkosten eine Rolle. Er wird die Angelegenheit überprüfen.

Herr E. Wagener möchte wissen, ob im Fall von anonymen Urnengräbern die Nutzungsdauer reduziert werden kann.

Herr Schneider führt an, dass vor der Erwartungshaltung in der Bevölkerung sauberer und gepflegter Friedhöfe Unterhaltskosten unumgänglich sind. Er trägt vor, dass zur Beratung der letzten Gebührenerhöhung eine Übersicht beigefügt war, die über die Kosten pro Beerdigung bezogen auf die einzelnen Friedhöfe Aufschluss gab. Er bittet, eine solche auch in diesem Fall zu erarbeiten.

Eine Überarbeitung der seinerzeit vorgelegten Übersicht sagt Herr Düber zu.

Herr Siebel sieht kaum Möglichkeiten für Kostensenkungen im Friedhofsbereich. Als einen wichtigen Grund für die hohen Unterhaltskosten sieht er ein für die Stadt Siegen spezifisches Problem: Annähernd jeder Ortsteil ist mit einem Friedhof und teilweise auch mit einer dazugehörigen Kapelle ausgestattet. Überlegungen hinsichtlich der Erforderlichkeit hält er für notwendig.

Herr Dr. Schultze sieht in dem Umgang mit den Toten einen Bestandteil der Kultur in der Region und mahnt, mit dieser Thematik sehr sensibel umzugehen.

Er kann der seines Erachtens sorgfältig durchdachten Verwaltungsvorlage zustimmen.

Herr Leonhardt schließt sich seinem Vorredner an.

Herr Berner legt dar, dass Angehörige aufgrund einer erleichterten Gräberpflege einen ortseigenen / ortsnahen Friedhof wünschen.

Trotzdem er Rationalisierungsüberlegungen für erforderlich hält, schließt sich Herr Schultz der Meinung von Herr Berner an.

Herr Gunsenheimer macht darauf aufmerksam, dass die Diskussion auf Spekulationen basiert: Wenn tatsächlich Konsequenzen hinsichtlich der Anzahl der Friedhöfe gezogen werden, ist die Bevölkerung entsprechend zu beteiligen.

Herr Düber bringt zum Ausdruck, dass durch die Einführung des Häcksellagers und der Müllsortierung auf allen Friedhöfen (und die daraus resultierende Müllmengen-reduzierung) bereits erhebliche Einsparungen erzielt werden konnten. Weitere Potentiale sieht er im Ersetzen der Schließdienste durch technische Schaltuhren und elektrische Sperren (mögliche Kostenreduzierung ca. 40 TDM) und im vollständigen Einführen der Intervallreinigung auf allen Friedhöfen (mögliche Kostenreduzierung ca. 140 bis 150 TDM).

Sowohl im Unterhaltungs- als auch im Personalkostenbereich liegt derzeit kein Einsparpotential.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß Anlage 9 die 5. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Siegen vom 27.01.1981.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. BA 28.02.2000

6. Ausbauprogramm Friedhöfe 2000

Vorlagenr. 229/00 - Vorlage vom 14.01.2000 -

Vor dem Hintergrund des Rechnungsergebnisses 1999 in Höhe von 251 TDM möchte Herr Rothenpieler wissen, ob die Haushaltsmittel 2000 bei HHSt. 1.750.5100.7 - Unterhaltung der Friedhöfe - in Höhe von 120 TDM ausreichen.

Herr Düber erklärt, dass Mehrausgaben, wie bereits in den Vorjahren geschehen, innerhalb des Budgets ohne Haushaltsmehrbelastung abgedeckt werden. Er versichert, dass der Pflegezustand der Friedhöfe nicht weiter reduziert wird.

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt die Durchführung des Ausbauprogrammes gemäß Vorlage im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. BA 28.02.2000

7. Ausbau Trupbacher Straße

- Sachstandsbericht -

Herr Schlenther präsentiert eine Kostengegenüberstellung für den Ausbau der Trupbacher Straße. Auf der einen Seite werden die Kosten bei einem vorläufigen Ausbau auf 4,75 m, auf der anderen Seite bei einem Vollausbau auf eine Straßenbreite von 5,50 m dargestellt. Die Kosten bei dem schmaleren Ausbau belaufen sich auf rd. 100 TDM, wobei KAG-Beiträge in Höhe von rd. 10 TDM veranlagt werden können, der städtische Eigenanteil beläuft sich auf 90 TDM. Der 5,50 m breite Fahrbahnausbau verursacht Kosten in Höhe von rd. 388 TDM, wobei 54 TDM durch KAG-Beiträge refinanziert werden, der städtische Eigenanteil beträgt aufgrund voraussichtlicher Zuschüsse 50 TDM.

Die Verwaltung präferiert den Vollausbau, wobei jedoch noch Grunderwerbsverhandlungen mit Anliegern zu führen sind.

Herr Schneider kritisiert die mangelhafte Beteiligung des Bauausschusses in dieser Angelegenheit. Der ursprüngliche Beschluss v. 22.03.1999 sah einen Fahrbahn-ausbau von 4,75 m vor, bei positiv verlaufenden Grunderwerbsverhandlungen sollte dann mit geringen zusätzlichen Mitteln der Vollausbau durchgeführt werden. Er möchte wissen, ob aufgrund der neu zu führenden Grunderwerbsverhandlungen mit den entsprechenden Anliegern nun kurzfristig mit dem Vollausbau der Trupbacher Straße gerechnet werden kann oder ob die „Sparversion“ vorgeschaltet wird.

Herr Dr. Schultze weist auf die schwierige Topographie im Bereich Trupbacher Straße hin und mahnt, die Frage des Ausbaus nicht an Wunschenken, sondern an Realitäten zu messen.

Herr Siebel erinnert an einzuhaltende Verkehrssicherungspflichten an Kreisstraßen.

Herr Vogler führt an, dass die Wasserführung der Bachläufe im betroffenen Bereich in die Planungen einzubeziehen ist.

Fazit (auf Antrag von Herrn Reitz):

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, zur Möglichkeit des Vollausbaus der Trupbacher Straße in der Sitzung am 08.05.2000 eine Vorlage zu präsentieren. Hierin sind die Ergebnisse der Grunderwerbsverhandlungen mit den Anliegern und auch die voraussichtlichen Kosten anhand von konkreten Zahlen darzustellen.

Auf dieser Basis kann dann unter Umständen der Beschluss vom 22.03.1999 aufgehoben und der direkte Vollausbau beschlossen werden.

7. BA 28.02.2000